

Kämmerin bei IWC, MIT und Pro Ahlen



Kontrovers diskutierten (v. l.) Jürgen Henke (IWC), Susanne Block (CDU-MIT) und Kämmerin Karin Rodeheger über die Gewerbesteuererhöhung.
Bild: Voss-Loermann

Rodeheger verteidigt die Steuererhöhung

Von unserer Mitarbeiterin
LISA VOSS-LOERMANN

Ahlen (at). Die Gewerbesteuererhöhung sei eine falsche Entscheidung des Rates, die nicht richtig durchdacht gewesen sei. Das hat der Vorsitzende des Industrie- und Wirtschaftsclubs (IWC) Ahlen, Jürgen Henke, am Dienstagabend zu Beginn der gemeinsamen Veranstaltung des IWC mit dem Verein Pro Ahlen und der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT) den Verantwortlichen vorgeworfen.

Die drei Veranstalter hatten Kämmerin Karin Rodeheger ins Restaurant Chagall eingeladen. Sie erläuterte den Wirtschaftsleuten die finanzielle Lage der Stadt Ahlens und warb um Verständnis

für diese bei der Industrie höchst unpopulären Entscheidung. „Die Gewerbesteuer ist kaum planbar und hängt entscheidend von der Konjunkturlage ab“, konstatierte Rodeheger zu Beginn ihrer Ausführungen.

Der Ahlener Hebesatz von nun 435 Prozent sei moderat, Hamm etwa liege bei 465 Prozent. Ahlen sei steuerstark. Die Gewerbesteuer, im Ansatz für 2014 bei etwa 35,8 Millionen Euro, sei eine der wesentlichen Einnahmequellen der Kommune, so Rodeheger. Die geplante Erhöhung spüle als Netto-Effekt etwa 690 000 Euro in die Stadtkasse.

Die städtischen Ausgaben seien sehr hoch. Mehr als 45 Prozent nähmen dabei die Transferleistungen in Anspruch, 25 Prozent

seien Personalaufwendungen. Um die Personalkosten zu begrenzen, werde in der kommenden Legislaturperiode ein eigener Ausschuss gebildet.

Die Sozialaufwendungen der Kommune seien drastisch gestiegen. Die sich unter anderem daraus ergebende mangelnde Liquidität der Stadt bereite ihr Bauchschmerzen, so Rodeheger, zumal der derzeit historisch niedrige Zinssatz eigentlich eine günstige Voraussetzung sei. „Das zeigt, dass hier eine Schiefelage herrscht“, sagte die Kämmerin, die ebenfalls erläuterte, dass das Eigenkapital der Stadt Ahlen stetig abnehme. „Wenn das so weitergeht, ist Ahlen schnell in der Haushaltssicherung“, so Rodeheger.

Ebenfalls erwähnt wurden der geplante Neubau des Baubetriebshofes sowie die Rathausanierung, für die in den Jahren 2014 bis 2016 2,75 Millionen Euro eingeplant sind.

Andere Kommunen hätten mit einer Gewerbesteuerensenkung den umgekehrten Weg eingeschlagen, so der Vorschlag aus dem Auditorium.

Doch da musste Rodeheger passen. Das sei nicht auf Ahlen anwendbar, solche Rechnungen seien darüber hinaus oft nicht ganz ehrlich, und Kommunen wie Ahlen könnten sich das schlichtweg nicht leisten, denn es kämen immer neue Aufgaben auf sie zu. „Ich weiß nicht, was uns die Inklusion noch kosten wird“, so Rodeheger.

Henke: Alte Zöpfe in der Stadtverwaltung abschneiden

Die Unzufriedenheit mit der Entscheidung des Rates, die Gewerbesteuer anzuheben, zeigte sich in einigen Äußerungen aus dem Publikum. Vergünstigungen für städtische Bedienstete wie freie Nachmittage an Geburtstagen und ähnliches müssten zunächst angeschafft werden. „Das sind lieb gewordene Kinder und alte Zöpfe, die abgeschnitten

werden müssen, wir wollen da endlich Taten sehen“, betonte IWC-Vorsitzender Jürgen Henke. „Wir haben der Gewerbesteuererhöhung nicht gern zugestimmt“, stellte BMA-Fraktionschef Matthias Bussmann fest mit Hinweis auf das Ausgabenproblem der Stadt. Und Gabi Duhme (SPD) erklärte, erst Karin Rodeheger habe in den vergangenen zwei

Jahren ihres Wirkens in Ahlen erreicht, dass der Rat verstanden habe, was die Stunde geschlagen habe in Sachen Finanzen. Auch Norbert Bing (SPD) beteuerte, eine solche Steuererhöhung mache man im Wahljahr doch nicht aus Jux und Dollerei, im kommenden Jahr erwarte man ein weiteres Finanzloch.

Anschließend erläuterten Su-

sanne Block (MIT) und Carlo Pinnschmidt vom WFG-Stadtmaking der Versammlung eine geplante Imagekampagne in Form eines Leitbildes für Ahlen, das Pro Ahlen in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Ulrike Röttger vom Institut für Kommunikationswissenschaften der Uni Münster in Auftrag gegeben hat.

Unter dem Titel „Vision Ahlen

2025“ solle die Stadt ein nach außen vorzeigbares Gesicht bekommen.

Einbezogen würden zunächst 25 Teilnehmer, später sollten immer mehr Bürger mitmachen. Zu Beginn, so MIT-Vorsitzende Block, verzichte man wegen der bevorstehenden Kommunalwahl am 25. Mai auf die Beteiligung von Politikern. **(eve)**